

18. April 2018 Christina Looock

Honorar-Dozenten bei VHS und Musikschule winkt mehr Geld

Bremens Bürgermeister Carsten Sieling hat in Aussicht gestellt, die betroffenen Lehrerinnen und Lehrer etwas besser zu bezahlen. Bis es soweit ist, dauert es aber noch etwas.

Die Honorarkräfte der Volkshochschule und der Musikschule Bremen fordern mehr Geld und mehr soziale Absicherung. Ihrem Ärger machten sie am Dienstagabend bei Bremens Bürgermeister Carsten Sieling (SPD) persönlich Luft, und zwar in einer Sitzung des zuständigen Fachausschusses – der Kulturdeputation. Dort schimpften Vertreter von VHS und Musikschule: "So kann es nicht weitergehen!" Seit mehr als zehn Jahren seien die Honorare nicht mehr angepasst worden, bekamen Politiker der SPD, CDU, der Linken, Grünen und der FDP in der Sitzung zu hören.

Mehr als 1.000 Beschäftigte sind betroffen

Laut eigenen Angaben können die meisten der rund 150 Musikpädagoginnen und -pädagogen sowie knapp 1.000 frei angestellte Kursleiter der VHS nicht mehr von ihren Honoraren leben. Viele von ihnen haben mehrere Jobs gleichzeitig, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Andere müssen auf Hartz-IV-Unterstützung zurückgreifen. Nur knapp zehn Prozent der VHS-Dozenten sind fest angestellt.

„Beim jetzigen Bruttohonorar kommen die betroffenen Dozentinnen und Dozenten auf weniger als acht Euro pro Stunde.“

Hajo Kuckero, Sprecher Kursleiterrat der VHS Bremen

Hajo Kuckero, Sprecher des Kursleiterrats der VHS Bremen, veranschaulichte die Lage der Dozentinnen und Dozenten mit einem Rechenbeispiel: Viele Honorarkräfte müssten bis zu 35 Prozent ihres Einkommens für Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung abgeben. Sie müssten alle Sozialabgaben selber tragen, und beim jetzigen Brutto-Honorar von 23 Euro kämen sie auf weniger als acht Euro pro Stunde. Das entspreche nicht mal dem gesetzlichen Mindestlohn.

Schüler haben oft bessere Instrumente als Musiklehrer

Bremens Bürgermeister Carsten Sieling stellt den Honorarkräften mehr Geld und mehr feste Stellen in Aussicht.

Ähnlich geht es den Musikpädagoginnen und -pädagogen. Auch sie bekommen weder Unterstützung bei Krankheit, im Mutterschutz oder im Falle einer Kündigung. Sie fordern wie die Dozenten der VHS eine Erhöhung ihres Honorars auf 31 Euro, dazu Urlaubs- und Krankengeld sowie Arbeitslosenunterstützung. "Unsere Schüler haben zum Teil bessere und neuere Instrumente als wir. Das ist peinlich, aber neue können wir uns ohne Unterstützung nicht leisten", beschrieb ein aufgebrachtener Musiklehrer die momentane Lage. Bürgermeister Sieling versprach bei der Sitzung eine Verbesserung in zwei Schritten und stellte den Dozenten der Musikschule Bremen sogar bald Festanstellungen in Aussicht:

„Bei der Musikschule schaffen wir die Möglichkeit der Festanstellung durch die Umwandlung in eine Dienststelle und raus aus dem Eigenbetrieb. Diese ist jetzt schon mit den unterschiedlichen Ressorts besprochen.“ *Bürgermeister Carsten Sieling*

In den nächsten Monaten sei ein Beschluss zu erwarten, so Sieling. Er schlägt vor, die Mindesthonorare in zwei Schritten anzuheben: Bis 2020 von 23 auf 25 Euro, bis 2023 dann noch einmal auf 31 Euro pro Unterrichtsstunde. Dieses Angebot soll im Mai unter anderem beim Betriebsausschuss der VHS und der Musikschule Bremen vorgestellt werden.